A2 Stadtentwicklung: Mieten runter, Lebensqualität hoch!

Gremium: KVo Potsdam Beschlussdatum: 16.01.2019

Text

- Potsdams Struktur ist einerseits durch die Lage in dem sich verdichtenden Süd-
- 176 West-Raum von Berlin und andererseits durch zahlreiche sehr unterschiedliche
- 177 Stadtteile südlich und nördlich der Havel geprägt.
- 178 Alles eint die heutige Anforderung einer klimaneutralen Stadtentwicklung, die
- konsequenter als bisher, Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels
- 180 berücksichtigen muss.
- 181 Gleichzeitig müssen die Grundlagen für eine lebendige vielfältige
- Stadtgesellschaft erhalten und wieder neu gestärkt werden.
- Die aus all dem resultierenden sehr unterschiedlichen Ziele, auch Zielkonflikte,
- erfordern eine besondere Baukultur, die bürgerschaftliches Engagement,
- fachlichen Ratschlag und transparente Entscheidungsprozesse zusammenführt.

86 Wachstum nicht bremsen, sondern gestalten

- Potsdam entwickelt sich erfolgreich zu einem hochattraktiven Wohn- und
- 188 Geschäftsstandort. Das belebt die Stadt und erzeugt zudem größere Spielräume.
- Doch entstehen mit dem extrem schnellen Bevölkerungszuwachs Konflikte durch zu
- 190 große Verdichtung, erhöhte Anforderungen an Inftrastrukturflächen, Mobilität,
- 191 Belastung der natürlichen Ressourcen und der Lebensqualität. Potsdam muss das
- 92 Wachstum sozialverträglich regulieren.

Dafür machen wir uns stark:

- effiziente Nutzung versiegelter Flächen, beispielsweise durch Sportflächen auf Flachdächern, bei Gewerbeflächen, wenn möglich durch Gebäudeaufstockungen
- Wachstum entlang der Verkehrstrassen (S-Bahn, bestehende und mögliche, künftige Tramlinien, Bussystem, Rad(Schnell-)wege bzw. Errichtung neuer Wohngebiete möglichst zeitgleich in Verbindung mit der Errichtung sozialer und Verkehrsinfrastruktur
- Umwidmung von größeren Parkplatzflächen und Garagenstandorten für Wohnbebauung und Sportflächen
- Verdichtung der Wohngebiete vor allem dort, wo kommunales Eigentum, niedrigere Mieten und bessere Verkehrsanbindungen bestehen
- Neue Bauvorhaben unter Berücksichtigung der Interessen der Nachbarbevölkerung, der gewachsenen Strukturen und des landschaftskulturellen Charakters behutsam entwickeln, keine breite Zersiedelung

Begrenzung des Mietenanstiegs durch strategischeBodenpolitik

- Ansteigende Mieten und der Austausch der Potsdamer Stadtbevölkerung durch
- Verdrängung der mittleren Einkommensschichten an die Randgemeinden von Potsdam
- beängstigt viele Potsdamer*innen. Wir wollen, dass alle, die hier leben, in
- ihrem vertrauten Kiez zu sozialverträglichen Mieten bleiben können.
- Das Gleichgewicht der Interessen durch die Ausgestaltung von Mietrecht und
- 216 Steuerpolitik auf Bundesebene ist zuungunsten der Mieter gestört, die so
- bewirkte Steigerung der Mieten fällt durch das schnelle Wachstum in Potsdam
- besonders stark aus. Zwar haben die Sanierungssatzungen den Mietenanstieg
- verlangsamt, und wurde 20 % städtisches Wohneigentum bewahrt, das zusammen mit
- dem genossenschaftlichen Eigentum in der Stadt zur Senkung des Mietspiegels
- 221 beiträgt.
- Der zunehmend hohe Anteil der Mieten am Einkommen und eine zunehmende Gefährdung
- der sozialen Vielfalt in den Stadtteilen stören das soziale Klima und den
- gesellschaftlichen Zusammenhalt empfindlich. Neue, energische Maßnahmen sind
- dringend erforderlich, um koordiniert auf Bundes-, auf Landes- und auf
- 226 Stadtebene Mieten- und Bodenspekulation einzudämmen.

27 Dafür machen wir uns stark:

- 30% des Wohnungsbauaufkommens soll als geförderter sozialer Wohnungsbau ausgeführt werden
 - Erhöhung der Beteiligung von Wohnungsbauinvestor*innen an den Kosten der durch ein Neubauvorhaben verursachten Bedarfe an sozialer Infrastruktur (z.B. Kitaplätze) nach dem sogenannten Potsdamer Baulandmodell
 - Konsequente Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Potsdam
- Nutzung des bisher erfolgreichen Instruments der Sanierungssatzung zur
 Verlangsamung des Mietanstiegs in den dafür geeigneten Stadtgebieten
- Bewahrung von 20 % städtischem Wohneigentum am Gesamtbestand, d.h. stetige
 Neubauinvestition durch die städtische Pro Potsdam
- Bodenmanagement zum Erhalt und Erwerb wichtiger Entwicklungsgrundstücke,
 ohne zugleich wertvolle Naturräume infrage zu stellen
 - Priorität der eigenen Entwicklung städtischer Flächen gegenüber dem Verkauf, Stärkung des Erbbaurechts zur Erreichung einer niedrigeren Kostenmiete, so z.B. in Krampnitz
- Einkauf von Flächen in Neubaugebieten (Bodenmanagement als Ausgangspunkt im Kampf gegen steigende Mieten, z.B. Brauhausberg, Gartenstadt Drewitz)
- Unterstützung von genossenschaftlichem Wohnen
- Sicherung der Wohnfunktion in der barocken Innenstadt und in Babelsberg,
 keine gewerbliche Nutzung von Wohnflächen
- Kontrolle der kommerziellen Fremdnutzung von Wohnungen bzw. nach
 Möglichkeit Umnutzungsverbot (z.B. Airbnb), Regulierung von
 Urlaubsvermietung
 - Sicherung von Flächen für den Bau von Studierendenwohnheimen
- grundsätzlich Vermeidung von Verkäufen von Grundstücken in städtischem Besitz
- Grundstücksverkauf (wenn unvermeidbar) nicht nach Höchstgebot, sondern nur
 nach einer stärker am Gemeinwohl orientierten Konzeptvergabe wie in den
 Sanierungsgebieten
- enge vertragliche Absicherung wie am Baufeld 3 in der Potsdamer Mitte (Punktesystem, das sozialverträgliches, energieeffizientes, klimaneutrales und gestalterisch qualitätsvolles Bauen begünstigt, kooperative Entscheidungen)

Lebensqualität durch Baukultur

- 262 Potsdam hat herausragende Qualitäten durch bedeutende Bauten vom Barock und
- Klassizismus bis zur Moderne des frühen 20. Jahrhunderts sowie der DDR-Zeit,
- 264 eingebettet in eine ökologisch und künstlerisch hochwertige Landschaft, die
- 265 zugleich Weltkulturerbe ist. Die erste Sanierungswelle nach 1990 hat bauliche
- Originalsubstanz an Häusern und Straßen in vorbildlicher Weise bewahrt.
- Weiterbauen heißt hier Verantwortung wahrnehmen und damit zugleich
- Lebensqualität schützen.
- 269 Dafür machen wir uns stark:
- Beachtung der Klimaanforderungen sowie des städtebaulichen und
 gestalterischen Kontextes bzw. des Ensemblegedankens im zeitgenössischen
 Bauen
- Mut zu modernen Bauformen
- öffentliche Sitzungen des Gestaltungsrates zur Steigerung der Bauqualität
- Würdigung der DDR-Architektur, Erhalt des Minsk, Qualität der DDR-Wohnviertel wahren und weiterentwickeln
 - Sanierungen nach besten energetischen Möglichkeiten
 - Berücksichtigung des Denkmalschutzes und des Umgebungsschutzes für Denkmale und für die UNESCO-Welterbelandschaft
- Erhalt und Ertüchtigung der Natursteinpflasterstraßen, wobei individuelle Lösungen den Belangen der Barrierefreiheit und der Fahrradfreundlichkeit Rechnung tragen sollen.

283 Lebendige Stadtteile, lebendige Mitten

- Jeder Stadtteil hat seine Individualität. Sie reichen von den dörflichen
- 285 Bereichen im Norden, über die historisch geprägten Brandenburger-, Nauener und
- 286 Berliner Vorstädte, die Mitte und Babelsberg bis zu den DDR-Plattenbaugebieten
- von Potsdam-West, Mitte-Süd, Zentrum Ost, Stern, Drewitz, Waldstadt und Schlaatz
- 288 sowie zu den neuen Stadtteilen Kirchsteigfeld, Bornstedter Feld, Potsdam-Center
- 289 und Speicherstadt.
- 290 Es gilt, für eine breite gesellschaftliche Durchmischung von
- Bevölkerungsschichten innerhalb der Stadtteile, für gleichberechtigtes Wohnen
- von Jung und Alt, von Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus und
- 293 Einkommensstärken zu sorgen.

294 Dafür machen wir uns stark:

- soziale und funktionale Durchmischung der einzelnen Stadtteile sichern
- Ausgewogenheit von Wohnen, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen
- stadtteilbezogene öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Jugendtreffs, Bürgerhäuser sowie nicht-kommerzielle Begegnungsräume
- Mehrgenerationenhäuser in Gegenden mit guter Versorgung mit vernetzten
 Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangeboten
- dezentrale medizinische Versorgung gewährleisten, evtl. in Ortsteilzentren integrieren
 - Flächen für Gewerbe und Wirtschaft bereitstellen
- Regulierung des Wachstums durch das Baurecht (Bebauungspläne), Schutz der Wohnfunktion
- Wir wollen bei neuen und bestehenden öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte Personengruppen gewährleisten.

Potsdamer Mitte weiterentwickeln

Die Stadt hat sich für die Gestaltung der Potsdamer Mitte mit dem
Landtagsschloss, der Haveluferbebauung, einem modernen Lustgarten und der
Qualifizierung der öffentlichen Platzflächen und Räume entschieden und sichtbare
Veränderungen bewirkt. Es wurden neue Erlebnisräume geschaffen und für die
weitere Entwicklung sozialpolitische und gestalterische Weichen gestellt. Der
lebhafte öffentliche Diskurs hat zur Qualifizierung der Beschlüsse geführt und
wird auch die weiteren Entscheidungen prägen. Ziel ist eine multifunktionale,
vor allem kulturaffine Stadtmitte, mit sozialverträglichen Mieten, hoher
gestalterischer Qualität und lebendigen Räumen. Mit den Planungsprozessen und
der sozialverträglichen Vergabe vor allem an Potsdamer
Wohnungsbaugenossenschaften ist das neue Quartier am Alten Markt ein gelungener
Modellfall für Deutschland.

22 Dafür machen wir uns stark:

- Weiterentwicklung der Potsdamer Mitte durch qualifizierte Verfahren und Beteiligung der Öffentlichkeit am Südrand des Lustgartens und im Zusammenhang mit dem Kunst- und Kreativ-Quartier an der Plantage/Feuerwache (siehe Kapitel Kultur).
- Auch im Baufeld 4 an der Stadt- und Landesbibliothek Entwicklung Konzeptvergabe mit gestalterischen, wirtschaftlichen und insbesondere sozialen Kriterien, Prüfung eines Angebots altersgerechter Wohnungen.
 - Beim Baukomplex Am Alten Markt 10 (Staudenhof) Einhaltung der wirtschaftlichen, sozial- und wohnungspolitischen Prämissen sowie

Schaffung eines Modellquartiers für offene, kollektive Wohnformen und nichtkommerzielle Begegnungsräume durch die Pro Potsdam.

34 Kommunale Forderungen an Bund und Land

- Über den Deutschen Städtetag soll Potsdam mit folgenden Forderungen auf grundlegende Änderungen auf Bundes- und Landesebene hinwirken.
- 337 Dafür machen wir uns stark:

345

- Kostenlose Abgabe von Grundstücken für gemeinnützigen Wohnungsbau und soziale Infrastruktur an die Kommunen
- Förderungen gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit deutlicher Erhöhung der Bindungsfristen
 - Schaffung rechtlicher Grundlagen zum Aufbau einer kommunalen Bodenstiftung (zur Sicherung öffentlicher Funktionen und des sozialen Wohnungsbaus)
 - Novellierung des Mietrechts zur stärkeren Begrenzung des Mieteranstiegs entsprechend dem "Münchner Ratschlag zur Bodenpolitik", 2018
- Kreditaufnahme für das Studentenwerk für den Bau von Studierendenwohnheimen zulassen
 - Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verhinderung gewerblicher Umnutzung von Wohnraum, z.B. durch Airbnb